



Auffassungen des ehem. Parteisekretärs der Humboldt-Univ. Tzschoppe

3. April 1968

Einzelinformation Nr. 371/68 über Auffassungen des ehemaligen Parteisekretärs der Humboldt-Universität Tzschoppe zur Lage in der ČSSR und in der VR Polen

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 1473, Bl. 1-3 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Verner – MfS: Schröder/HA XX, Ablage.

Datum

Zusätzlicher Datumseintrag vom 6.4.1968.

Wie dem MfS intern bekannt wurde, brachte der ehemalige Parteisekretär der Humboldt-Universität Berlin, Werner Tzschoppe, ¹ jetzt freischaffender Übersetzer, zum Ausdruck, dass die Ereignisse in der VR Polen und in der ČSSR² die Richtigkeit seiner politischen Auffassung bestätigen würden. Im Einzelnen erklärte T.:

Im Gegensatz zur VR Polen, wo Gomułka³ mit Diktatur und Parteigewalt gegen resistente Kräfte in der eigenen Partei vorginge, ⁴ sei in der KSČ⁵ jetzt ein wirklicher demokratischer Zentralismus zu verzeichnen. Die Arbeiterklasse in der ČSSR habe sich lange Zeit passiv verhalten, jetzt habe sie sich – und mit ihr die ganze Bevölkerung – gegen die Politik des ZK der KSČ unter der Führung des Genossen Novotný⁶ aufgelehnt. Die Demokratisierung der Partei- und Staatsführung sei unbedingt notwendig geworden und müsse auch durch das ZK unter der Leitung des Genossen Dubček⁷ beibehalten werden, sonst würde der Sozialismus in die Brüche gehen. Diese Seite müsse in der ČSSR besonders beachtet werden, da das Land im Blick auf die Präsidenten Masaryk⁸ und Beneš⁹ starke demokratische Traditionen besitze. Novotný sei als Staatsoberhaupt schon lange von der Bevölkerung abgelehnt worden, denn er hätte weiter Stalins Linie beibehalten. In Prag würde zzt. eine längst fällig gewordene Frage geklärt werden, nämlich die Beseitigung der Reste des Stalinismus durch den Einsatz neuer Kräfte.

Die Situation in der VR Polen sei genauso, denn hinter der polnischen Studentenschaft würde mehr stehen, als man offiziell zugibt. Nur hätten sich dort die neuen Kräfte noch nicht durchsetzen können und Gomułka sei noch in der Lage, unbequeme Gegner auszuschalten. Jedoch sei seine Situation nicht so sicher, wie es den Anschein erwecke.

In der DDR sei die Lage so, dass alle stur zur Sache stünden. Eine Bewegung zur Veränderung der Verhältnisse sei nicht vorhanden. Alle, die bisher Versuche in dieser Richtung unternommen hätten, seien gescheitert, wie z. B. Schirdewan,¹⁰ Wollweber¹¹ u. a. Die DDR würde in ideologischer Hinsicht den anderen Ländern immer hinterherhinken. Die Genossen in der DDR würden wie »richtige Preußen« eiserne Disziplin halten, auch wenn sie lieber etwas mehr Demokratie in der Partei hätten. Aus diesem Grunde würde die DDR auch das letzte sozialistische Land sein, das den Weg der Demokratie geht. Die Fehler bei uns würden sich erst in mehreren Jahren auswirken. Zur Zeit würde den Bürgern und Genossen hier mit Erfolg eingeredet, dass bei uns die richtige und in der ČSSR die falsche Politik gemacht werde. Genosse Walter Ulbricht¹² selbst sei der festen Überzeugung, dass seine eigene Politik die richtige sei. Zurzeit sei seine Haltung propagandistisch noch sehr wirkungsvoll, früher oder später würden jedoch die meisten Genossen merken, dass diese Politik nationalistisch und für einen Kommunisten untragbar sei. Durch diese Situation isoliere sich die Parteiführung in der DDR von den Genossen der »unteren Ebene«.

Tzschoppe erklärte weiter, dass man bei dem Stand der Information einfach gezwungen sei, Westsendungen zu sehen und zu hören.

Weiter ließ sich Tzschoppe über die vom Genossen Hager¹³ auf dem 5. Plenum gemachten Bemerkungen zur Konvergenztheorie aus.¹⁴ Er erklärte, diese Konvergenztheorie richte sich nicht gegen den Imperialismus, sondern gegen die eigenen Genossen, damit sie nicht etwa auch »demokratisieren wollten wie die tschechischen Genossen«. Allgemein sei die Konvergenz eine Notwendigkeit, ob der Genosse Hager das wolle oder nicht. Den sozialistischen und kapitalistischen Staaten bliebe überhaupt keine andere Möglichkeit, als sich einander zu nähern. Gegen die Konvergenz aufzutreten mit der These des Antikommunismus sei heute nicht mehr möglich. Als Beispiel, wie man sich auch bei uns den »kapitalistischen Verhältnissen annähere«, brachte er die Einrichtung der Exquisitläden,¹⁵ in denen sich die Leute hier, die genug Geld hätten, auch alles kaufen könnten. Auch in den handels- und finanzpolitischen Erwägungen der sozialistischen Staaten würde sich die Konvergenz widerspiegeln.

Diese Information darf aus Gründen der Sicherheit der Quelle nicht öffentlich ausgewertet werden.

1

Werner Tzschoppe, Jg. 1927, Wirtschaftswissenschaftler, 1951–56 und 1961–64 SED-Parteisekretär der Humboldt-Universität zu Berlin, am 1.2.1964 auf Weisung der SED-BL von diesem Posten abgelöst, anschließend Mitarbeiter beim Deutschen Institut für Zeitgeschichte, 1966 Entlassung wegen seiner Weigerung, sich von Havemann zu distanzieren.

2

Auf dem Plenum des ZK der KSČ vom 3. bis 5.1.1968 wurde der Repräsentant des stalinistischen Flügels der Partei Antonín Novotný als Erster Sekretär gestürzt und durch Alexander Dubček ersetzt. Noch bevor ein Programm umfassender politischer und wirtschaftlicher Reformen formuliert und beschlossen werden konnte, ließ die neue Führung eine öffentliche Debatte darüber zu, ja schaffte im Februar die Medienzensur gänzlich ab. Die rasch Platz greifende Rede- und Pressefreiheit in einem kommunistisch regierten Staat überraschte den Westen ebenso wie sie die Parteiführungen des Ostblocks beunruhigten.

3

Władysław Gomułka, Jg. 1905, polnischer kommunistischer Politiker, 1956–70 Erster Sekretär der PVAP.

4

Zu den »März-Ereignissen« 1968 in Polen vgl. Eisler, Jerzy: Polski rok 1968. Warszawa 2006. Vgl. Information [275/68](#).

5

Im Original durchgehend: »KPČ«. KSČ – Komunistická strana Československa (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch)).

6

Antonín Novotný, Jg. 1904, tschechoslowakischer Politiker, 1953–68 Erster Sekretär der KSČ, 1957–68 Staatspräsident der ČSR (seit 1960: ČSSR).

7

Alexander Dubček, Jg. 1921, slowakischer kommunistischer Politiker, 1963–68 Erster Sekretär der KP der Slowakei, Januar 1968–April 1969 Erster Sekretär der KSČ, 1970 Parteiausschluss, 1989–92 Parlamentspräsident der ČSSR/ČSFR.

8

Im Original durchgehend: »Masarek«. Tomáš Garrigue Masaryk, Jg. 1850, tschechischer Philosoph und Politiker, 1918–35 erster Präsident der ČSR.

9

Im Original durchgehend: »Bennesch«. Edvard Beneš, Jg. 1884, tschechischer Politiker, 1918 Außenminister der ČSR, 1935–38, 1940–48 Präsident der ČSR.

10

Karl Schirdewan, Jg. 1907, SED-Funktionär, 1952–58 Sekretär für Kaderfragen im Sekretariat des ZK der SED, 1953–58 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1953–57 Leiter der Abteilung Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen beim ZK der SED, 1952–58 Abgeordneter der Volkskammer, nach der 35. Tagung des ZK der SED im Februar 1958 wegen »fraktioneller Tätigkeit« aus dem Politbüro und dem ZK der SED ausgeschlossen, 1958–65 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Potsdam.

11

Ernst Wollweber, Jg. 1898, SED-Funktionär, 1953–57 Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit, 1954–58 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer, nach der 35. Tagung des ZK der SED im Februar 1958 wegen »fraktioneller Tätigkeit« aus dem Politbüro und dem ZK der SED ausgeschlossen, als Rentner 1967 in Ostberlin verstorben.

12

Walter Ulbricht, Jg. 1893, 1950–71 General- bzw. Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

13

Kurt Hager, Jg. 1912, SED-Funktionär, 1954–89 Mitglied des ZK der SED, 1955–89 Sekretär des ZK (Wissenschaft und Kultur), 1958

Kandidat, 1963–89 Mitglied des Politbüros.

14

Gemeint ist Hagers Bericht des Politbüros an das 4. Plenum des Zentralkomitees (28./29.1.1968), in dem sich ein Abschnitt zur Konvergenztheorie findet: »Konvergenztheorie« – Waffe der imperialistischen Aggression. – Vgl. Hager, Kurt: Bericht des Politbüros an das 4. Plenum. In: ND v. 30.1.1968, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19680130-0-3-51-0> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

15

Exquisitläden wurden auf Beschluss des Ministerrats 1962 zur Deckung der Nachfrage nach Waren des sogenannten gehobenen Bedarfs zu höheren Preisen eingerichtet, um den permanent wachsenden Kaufkraftüberhang der Einwohner der DDR abzuschöpfen. Diese benannten die Läden bald mit dem Spitznamen »Uwubu« (Ulbrichts Wucherbuden).

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv. Alle Rechte vorbehalten.